

Einkommen, Steuern, Zukunft der Arbeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

Diese Themen sind immerwährend aktuell, auch wenn wir keine politischen Wahlkämpfe haben, wie damals bei der Betriebsversammlung im Juni, oder wie zur Zeit der Betriebsversammlung im September. Bei diesen beiden Veranstaltungen unseres Ford-Betriebsrats hatten sie es, Herr Dr. Roßmann von der Kölner IGM für richtig gehalten, uns auf Neuerungen oder auf politisch Wünschenswertes hinzuweisen. Die Neuerung war der Kanzlerkandidat der Opposition, das aus Ihrer Sicht Wünschenswerte waren Steuererhöhungen. Inzwischen sind die Wahlen gehalten, eine neue Bundesregierung unter der Führung von *Mutti* wird demnächst im Amt sein; sogar unter Beteiligung von Ministern der Partei, die sie uns stets subtil ans Herz legen. Sie bilden jetzt eine große Koalition unter dem Namen SDU. Die deutschen Wähler haben es so entschieden, viele sogar so gewollt, wie es jetzt kommt. – Das ist Demokratie!

Szenenwechsel - Wer die Niehler Betriebsversammlung am vergangenen Montag miterlebte, der spürte, welche Befürchtungen von den Belegschaftsmitgliedern, unseren Kollegen dort, gehegt werden. Wie wir nun von unserer Geschäftsleitung wissen, sind die Personalkosten im Werk Niehl zu hoch. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht steht dieses Werk im Wettbewerb mit ausländischen Fertigungswerken wie Craiova. Die Anzeichen mehren sich und es erscheint daher bedrohlich, daß in der Halle Y, der Lackiererei und Endmontage die Lichter ausgehen könnten. Das würde auch das Ende des Karosseriebaues, Halle F/K, und der damit zusammenhängenden Halle X bedeuten. Auswirkungen auf den Werkzeugbau liegen auf der Hand. Gäbe es auch Auswirkungen für uns hier in Produktentwicklung? – Ich befürchte, ja! Auch ich bin der Meinung, daß eine vollintegrierte Automobilfabrik das Beste ist, was wir bei Ford in Köln haben können – Ford sollte dieses Konzept nicht aufgeben. Zu einer gelungenen Produktentwicklung gehört auch ein Automobilwerk in unmittelbarer Nähe als *Lead Plant*. Geplante Produktqualität muß in ausgeführter Fertigungsqualität münden. Das meint auch Herr Dr. Winterkorn, der allerdings für Volkswagen spricht und entscheidet. Es muß doch möglich sein, die wahren Gründe zu erkennen und zu beseitigen, die für mangelnde Effizienz ins Spiel gebracht wurden. Daher ist mein Wunsch an die Geschäftsleitung, in intensiver Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmersvertretung alles auszuräumen, was die Weiterführung der integrierten Automobilfertigung im Werk Niehl hindert.

Sind sonst noch Wünsche offen? – Allerdings! Es ist schon erstaunlich, daß ich hier als Sprecher einer kleinen gewerkschaftlichen Gruppe, der Alternativen Liste, mehr Werbung mache für die Erhaltung der Tarifautonomie, als Sie, Herr Dr. Roßmann als hochrangiger Gewerkschaftssprecher. Sie hingegen ließen sich dazu verleiten, Werbung für Ideen zu machen, die bei der Wahl vom Souverän, dem Wähler, im Grunde links liegengelassen wurden.

Wer will auch freiwillig mehr Steuern zahlen? Teilweise haben Sie ja bekommen, was Sie wollten. Leute Ihrer Denkschule regieren ja demnächst mit in Berlin.

Als selbstbewußter Arbeitnehmer bleibe ich dabei: Wir brauchen in dieser Firma keinen Vorrang der Politik. Wir brauchen den **Vorrang der Vernunft, den Vorrang der Freiheit**, das hatte ich im September an dieser Stelle gesagt. Heute füge ich hinzu: Wir brauchen in der Politik keinen Vorrang von Parteipolitik. Auch da braucht unser Land den Vorrang von Vernunft und freiheitlicher Einstellung!

Wie ist das gemeint? Auch Systeme, die ihren Nutzen durchaus unter Beweis gestellt haben sind in Gefahr, vernachlässigt zu werden, und somit zu verkommen. Gerne mischt sich ja die Politik in Lebens- und in Wirtschaftsbereiche unter dem Vorwand ein, alles staatlich regeln zu wollen. Es wird behauptet, der väterliche Staat sei besser in der Lage, für Gerechtigkeit zu sorgen. Sehen wir nach Frankreich. Was hat den französischen Mitarbeitern der Automobilindustrie die politisch gewollte 35-Stunden-Woche gebracht? Sind die bei Renault, Peugeot und Citroen Tätigen etwa besser dran, als wir hier bei Ford in Deutschland? Staatlich garantierte Löhne und Arbeitszeiten garantieren keineswegs, daß eine Firma florierte, daß ihre Produkte besser verkäuflich, oder gar, daß die Arbeitsplätze für alle Zeiten gesichert wären. Das sozialistische Wirtschaftsmodell der Franzosen ist anscheinend hier in Deutschland nicht erwünscht. Die deutschen Wähler haben entschieden, daß es die deutsche Regierung nicht kopieren möge.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben es auch in Zukunft selber in der Hand, ob wir die Existenz von freien Gewerkschaften und unabhängigen Arbeitgebern als eigenständige Organisationen behalten wollen. Wollen wir die deutsche Tarifautonomie beibehalten oder sehnen wir uns nach staatlicher Bevormundung wie einem Mindestlohn? Statt durch staatliche Eingriffe sollten die in den Betrieben erkannten Details und die von vielen Menschen gesammelten Erfahrungen an die Politik weitergegeben werden.

Herr Dr. Roßmann, es ist ja nicht verkehrt, sich in einer politischen Partei zu betätigen; ganz im Gegenteil. Es wäre aber besser, wenn gewerkschaftlich orientierte Mitglieder Partei ergriffen für vernünftige Ideen, wie sie in unseren Betrieben eronnen wurden und praktiziert werden.

In der FAZ vom 8. Oktober 2013 wurde über eine Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts berichtet, die uns als Arbeitnehmer angeht. Darin heißt es: *Trotz kräftiger Tariferhöhungen in vielen Branchen hat sich in Deutschland der Anstieg der tatsächlichen Löhne in der ersten Jahreshälfte stark verlangsamt. Nach Abzug der Inflation blieb für die Arbeitnehmer im Durchschnitt gar kein Zuwachs übrig. Die realen Nettolöhne dürften damit infolge der Einkommensteuerprogression leicht gesunken sein. Und weiter: Die Inflationsrate von 1,5 % reichte aus, um den realen Wert der Lohnsteigerungen auf Null zu drücken.*

Kolleginnen und Kollegen, erinnern wir uns: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften hatten im Frühjahr für uns Mitarbeiter in der Metallindustrie zum 1. Juli tarifliche Erhöhungen um 3,4 % vereinbart.

Einige Wochen später traten Sie, Herr Roßmann, dann vor diese Betriebsversammlung und warben für Steuererhöhungen. Ich hatte Sie davor gewarnt, als Vertreter einer großen Gewerkschaft Werbung für ein politisches Vorhaben einer Partei zu machen. Bei der Merkenicher Betriebsversammlung hatte ich im September vorgerechnet, daß ab einem Monatsentgelt von 4.406 € jeder weitere Euro mit einem Steuersatz von 42 % Einkommenssteuer plus Solidaritätszuschlag usw. belastet wird. Nach der letzten Ford-Entgelttabelle (weiße IGM Karte) betrifft dies bereits alle Kolleginnen und Kollegen ab der Gruppe 13. Die von linken politischen Parteien propagierten Steuererhöhungen betreffen also keineswegs nur die Reichen, mit ihren aus unserer Sicht traumhaft hohen Einkommen. Sie betreffen bereits jetzt gut verdienende Facharbeiter.

Daß die deutschen Wähler wenig von Steuererhöhungen halten, das haben sie bei der Bundestagswahl kundgetan. Die Steuererhöhungsparteien haben verloren oder nicht in dem erhofften Maß zugewonnen.

Es nützt nichts, auf Neideffekte zu bauen und so zu tun, als beträfen Steuererhöhungen bloß die Reichen. Angesichts dessen, was wir von der Geschäftsleitung über die Zukunft der Fahrzeugfertigung im Werk Niehl angedeutet bekamen, plagen mich ganz andere Sorgen. Das Ford-Werk in Genk arbeitet zwar noch, soll aber Ende 2014 geschlossen werden. „Werkschließungen sind machbar“, das wissen wir von Stephen Odell. Wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, wer ihn am Ende verliert, der zahlt auch keine Steuern, keine Sozialabgaben.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns trotz mancher ernster Besorgnisse die kommenden Arbeitswochen und die Feiertage dennoch ruhig erleben um dann ausgeruht und innerlich gestärkt ins Jahr 2014 zu gehen! Für uns Arbeitnehmer wird es darum gehen, der Konzernleitung den Standort Köln als nach wie vor leistungsstark und attraktiv zu belegen. Dazu brauchen wir die gute Zusammenarbeit und die überzeugte Hilfe unserer Geschäftsführung. Die gesicherte Weiterführung dieses Ford-Standorts ist die beste Form von gelebter Solidarität, fern von Klassenkampf und Klamauk!

Mit guten Wünschen für die Weihnachtstage und Dank für Ihre Aufmerksamkeit.